

Referenten



Dr. Werner Neumann
BUND e.V. Arbeitskreis Energie

Thema:
Dezentrale Energiekonzepte für
Netzbau mit weniger Leitungen



Alexander von Jagwitz
B.A.U.M. Consult GmbH

Thema:
Ein regionales Energiesystem basierend
auf 100% Erneuerbaren Energien – Ein
Projekt der Stadtwerke Wunsiedel



Tobias Jaletzky
EUROSOLAR e.V.

Thema:
Eine „NEUE ENERGIEMARKTORDNUNG“
für eine dezentrale Energiewende statt
HGÜ-Netze



Ralph Lenkert
Mitglied im deutschen Bundestag

Thema:
Achtung Blackout – Warum zentrale
Stromnetze nicht die Versorgungssicher-
heit garantieren



Arne Gericke
Europaabgeordneter

Thema:
Volle Kraft für die Bürgerenergie – die
europäische Energiewende gestalten

Bundesverband der Bürger- initiativen gegen SuedLink

Der Bundesverband der Bürgerinitiativen gegen SuedLink bündelt die Interessen von über 60 Initiativen entlang der geplanten SuedLink-Trasse und lehnt den geplanten überdimensionierten Netzausbau ab.

Gemeinsam mit den Aktionsbündnissen von SuedOstLink und Ultranet und dem BUND e.V. fordern wir die verstärkte Berücksichtigung dezentraler Erzeugungs- und Verbrauchsstrukturen und die schnelle Integration der inzwischen marktreifen Speichertechnologien.

Wir hinterfragen den geplanten Ausbau der Übertragungsnetze für die Energiewende, da Strom aus Erneuerbaren Energien zu über 90% in die Verteilnetze eingespeist wird. Ebenso ist die Verknüpfung der Sektoren Strom, Gas, Wärme und Verkehr die Grundvoraussetzung für ein zukunftsfähiges und sicheres Energieversorgungssystem in Deutschland und in Europa.

Politische Entscheidungen müssen sich an einem klar definierten Zielsystem der Energiewende orientieren, wobei Umwelt- und Klimaschutz vor den eigennütigen wirtschaftlichen Interessen von Übertragungsnetzbetreibern und Großindustrie stehen müssen. Eine Punkt-zu-Punkt-Verbindung wie SuedLink dient vorrangig dem Stromhandel und nicht der Versorgungssicherheit.

Betroffene Bürger und Bürgerinnen fordern zu Recht ein Mitspracherecht beim Stromnetzausbau. Politik muss die Sorgen der Menschen ernst nehmen und dies in ihren Handlungsweisen erkennbar zum Ausdruck bringen, denn jede neue Stromleitung hat erhebliche Auswirkungen auf das Wohnumfeld und kann die Gesundheit gefährden.

JA zur Energiewende – NEIN zu SuedLink

Herausgeber und Kontakt:

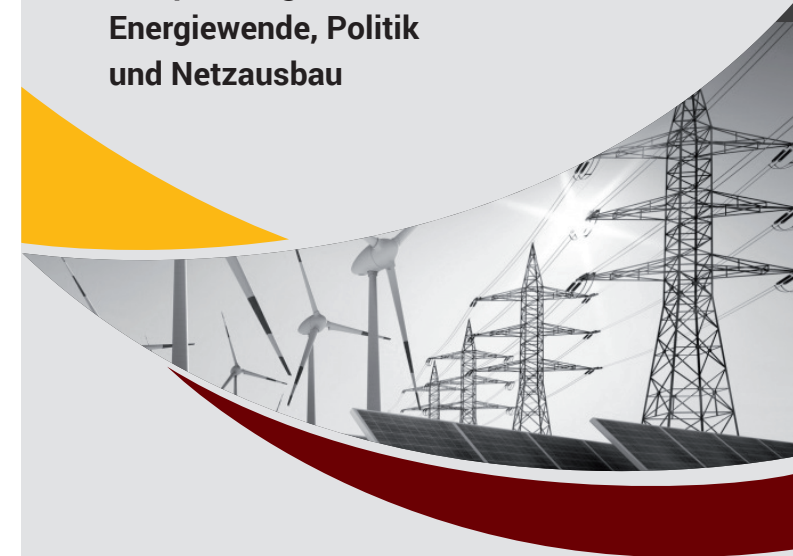
Bundesverband der BI gegen SuedLink (BBgS)
Nelkenstraße 7 | 36041 Fulda | 0661 2927682
kontakt@bundesverband-gegen-suedlink.de
www.bundesverband-gegen-suedlink.de

Bürgerinitiative Fuldata e.V.
info@bifuldata.de

Bürgerinitiative Kiebitzgrund aktiv
kiebitzgrund@gmail.com

SuedLink SuedOstLink Ultranet

im Spannungsfeld von
Energiewende, Politik
und Netzausbau



**BUNDESVERBAND
BÜRGERINITIATIVEN
GEGEN SUEDLINK**

BÜRGERINITIATIVEN KONVENT

24. März 2018, 10:00 Uhr
Hotel Maritim – Orangerie
Paulustor 4, 36037 Fulda

Eintritt frei

Organisation BBgS mit freundlicher Unterstützung der Stadt Fulda und der regionalen Initiativen Fuldata e.V. und Kiebitzgrund aktiv
Catering Fritz Wiegand, Kämmerzell

Programm

Samstag, 24. März 2018

10:00 Uhr	Einlass und Anmeldung
10:30 Uhr	Begrüßung · Stadt Fulda · SuedOstLink / Ultranet · BBgS Dipl.Ing. Guntram Ziepel · Einführungsvortrag zum Thema
11.00 Uhr	Energiewende dezentral und bürgernah · BUND e.V. - Dr. Werner Neumann · B.A.U.M. Consult - Alexander von Jagwitz · EUROSOLAR e.V. - Tobias Jaletzky
12.00 Uhr	Fragerunde
12.15 Uhr	Sachstand Netzausbau · BNetzA · ÜNB · Verteilnetzbetreiber
13.00 Uhr	Fragerunde
13.15 Uhr	Pause
14.00 Uhr	Klimaschutz und Energiewende in der politischen Verantwortung · CDU - angefragt · SPD - Timon Gremmels, MdB · Die LINKE - Ralph Lenkert, MdB · Freie Wähler - Arne Gericke, MdEP
14.45 Uhr	Fragerunde
15.00 Uhr	Diskussion und strategische Ausrichtung des gemeinsamen Bürgerprotestes gegen einen überdimensionierten Netzausbau
16.00 Uhr	Fazit
16:30 Uhr	Ende der Veranstaltung

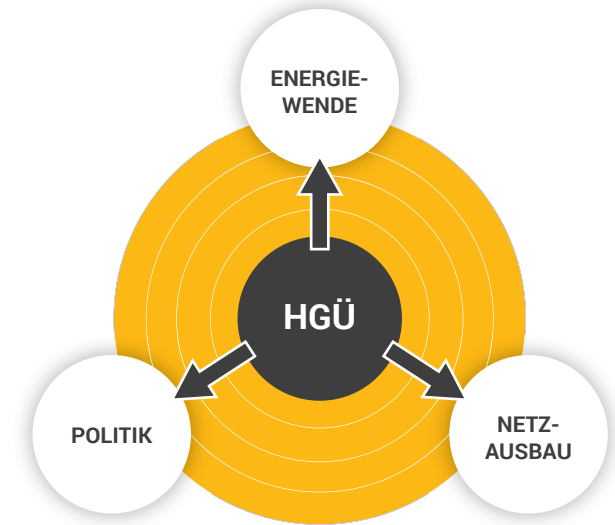
Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse

Der Ausbau eines überdimensionierten Übertragungsnetzes ist unwirtschaftlich, umweltzerstörend und für die Energiewende kontraproduktiv. Die hohen Kosten erdverbalteter Megatrassen wie dem SuedOstLink führen zu wachsenden gesellschaftlichen Problemen: Ohne eine regionale Wertschöpfung bei der Energieerzeugung wird Strom immer mehr zu einem Luxusgut, wie die massiven Preiserhöhungen der Netzentgelte durch Übertragungsnetzbetreiber Tennet jetzt schon zeigen. Die Energiewende muss deshalb dezentral erfolgen. Das Aktionsbündnis lehnt die Gleichstromleitungen und den massiven Ausbau von Wechselstromleitungen durch Bayern ab und ist überzeugt, dass diese nur dem Profit der Konzerne dienen. Die europäischen Megatrassen sind geplant, um Atom- und Kohlestrom noch über Jahrzehnte auch den deutschen Stromkunden unterzubehalten, die Energiewende wird damit konterkariert. Dafür dürfen bis zu 50 Meter breite Schneisen unsere Landschaft und Heimat nicht zerstören und unsere Gesundheit gefährden. Deshalb ist unser Aktionskonsens: Für eine dezentrale Energiewende ohne überdimensionierten Netzausbau!

Aktionsbündnis gegen Ultranet

Weltweit erstmalig soll im Projekt ULTRANET die Übertragung von Gleich- und Wechselstrom im Höchstspannungsbereich auf denselben Strommasten erfolgen, die nur wenige Meter an der Wohnbebauung vorbeiführen. Es handelt sich hier um ein Pilotprojekt / einen Feldversuch - das Experiment am Menschen. Einzig für das Projekt ULTRANET findet das Bundesbedarfsplangesetz keine Anwendung. Der für den Neubau von Gleichstromtrassen gesetzlich vorgeschriebene Mindestabstand zur Wohnbebauung und der Erdkabelvorrang gelten hier nicht. Die gesundheitlichen Risiken sind unklar und würden sich erst nach Jahrzehnten zeigen. Studien oder Beweise für die Ungefährlichkeit dieser beiden Übertragungstechniken auf einem Mast gibt es nicht. Die Strahlenschutzkommission empfiehlt die Beauftragung von Forschungsprojekten in Form von Humanstudien und das Bundesamt für Strahlenschutz aufgrund der nicht abschätzbaren Ausweitung der Immissionen einen 400-Meter-Abstand zur Wohnbebauung. Das Grundgesetz, welches u.a. den Gleichheitsgrundsatz und das Vorsorgeprinzip regelt, wird seitens der Politik als verlängerter Arm der Kohlelobby missachtet. Zudem bedarf es einer unabhängigen Wirtschaftlichkeitsprüfung welche die Notwendigkeit des Projektes nachweisen muss.

HGÜ im Spannungsfeld von Energiewende, Politik und Netzausbau



Das Zielsystem der Energiewende

